

Rechts- und Innenpolitischer Abend der ASJ



Auf Einladung des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) und des Landesvorstandes der ASJ Berlin kamen am 10. Juli 2017 über 120 Gäste zu einem rechts- und innenpolitischen Abend mit Bundesminister Heiko Maas und Dr. Eva Högl,



(v.l.n.r.: Vera Junker, Eva Högl, Thorsten Jobs, Heiko Maas, Christian Oestmann)

MdB, in die Eventlocation BASECAMP in Berlin- Mitte, um über die Werte, Perspektiven und Projekte sozialdemokratischer Innen- und Rechtspolitik zu diskutieren.

A. Thorsten Jobs, stellvertretender Bundesvorsitzender der ASJ eröffnete die Veranstaltung und machte deutlich: „Die SPD tritt mit dem Anspruch an die Weichen für die Zukunft zu stellen. Die SPD hat ein konkretes Programm für ein modernes, gerechtes Deutschland in einem starken Europa vorgelegt, das auch

wesentliche Aussagen zur Innen- und Rechtspolitik enthält. Der inhaltliche Wettstreit der besten Ideen ist also eröffnet. Am 24. September geht es auch um einen starken, freiheitssichernden Rechtsstaat. Eine unabhängige Justiz und eine liberale Demokratie sind nicht selbstverständlich. Sie müssen gelebt und verteidigt werden.“

Er bat um Verständnis, dass Erardo Rautenberg, der Brandenburger Generalstaatsanwalt und SPD-Direktkandidat für die Bundestagswahl im Wahlkreis 60 wegen seiner überraschenden schweren Erkrankung nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte. Er wünschte ihm im Namen aller Kraft, Ausdauer und Ruhe für seine Genesung.

Bundesminister Heiko Maas sprach sich in seiner Rede für mehr Investitionen in eine starke, leistungsfähige moderne Justiz aus.

„Für uns ist modernes Recht der Motor des Fortschritts und des sozialen Wandels. Auch wenn manche unsere Verfassung am liebsten zum Museum machen wollen – sie ist viel offener für den Wandel und für eine moderne Gesellschaft, als sich das reaktionäre Kräfte wünschen. Die Ehe für alle ist das jüngste Beispiel wie Recht eine moderne Gesellschaft gestalten kann.

Wer Recht hat, muss auch Recht bekommen. Wenn Bürgerinnen und Bürger am Ende den Eindruck



gewinnen, dass Recht nicht durchsetzbar ist, hat das Auswirkungen für die Rechtstreue und unseren Rechtsstaat. Damit Recht konsequent durchgesetzt werden kann, braucht es eine starke Justiz. Deshalb bin ich fest davon überzeugt: Wir müssen noch mehr in eine leistungsfähige und moderne Justiz investieren“, unterstreicht Bundesminister Heiko Maas.

Die politischen Gegner sollten sich dem Wettbewerb der Ideen im Wahlkampf nicht verweigern, denn die Demokratie lebe davon, dass die Bürgerinnen und Bürger sich entscheiden können, welcher Partei sie ihre Stimme geben wollen. Er warnte vor den Rechtspopulisten, die den Rechtsstaat und unabhängiger Gerichte in Frage stellen. Für die SPD bedeute Rechtspolitik, die Gesellschaft zu gestalten und mit dem Mitteln des Rechts zu agieren, wo Handlungsbedarf besteht. Dies zeige sich beispielsweise bei der Einführung der Frauenquote in Aufsichtsräten, die die SPD gegen viele Widerstände durchgesetzt hat. Die Ehe für alle zeige, es gebe keine Liebe erster und zweiter Klasse. Mit ihr werde vielen etwas gegeben und niemanden etwas genommen. Die Einführung der



Mietpreisbremse und des Bestellerprinzips im Maklerrecht seien wichtige Schritte für Mieterinnen und Mieter gewesen. Die SPD wolle eine Vorlagepflicht des Vermieters und eine Beschränkung

der preistreibenden Modernisierungumlage im Wohnungsbau.

Er verteidigte das umstrittene Gesetz gegen Hass und Verleumdung in sozialen Netzwerken. Das Internet sei kein rechtsfreier Raum und der „verbale Faustschlag“ im Netz müsse verboten werden. Dies sei kein Angriff auf die Meinungsfreiheit, sondern seine Voraussetzung. Mit dem Gesetz würden die Opfer in sozialen Netzwerken geschützt und bereits geltendes Recht besser durchgesetzt. Es dürfe nicht Facebook überlassen bleiben zu entscheiden, was unter die Meinungsfreiheit falle und was eine Straftat sei.

Bundesminister Heiko Maas machte abschließend deutlich, dass es nicht genüge, mehr Polizisten auf die Straße zu bringen. Um das Recht durchzusetzen müssten auch die Staatsanwaltschaften und Gerichten besser ausgestattet werden. Für einen funktionierenden Rechtsstaat müsse mehr in Polizei und Justiz investiert werden.

Zur sozialdemokratischen Innenpolitik erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag und Wahlkreiskandidatin in Berlin-Mitte Dr. Eva Högl: „Es ist ein Kernanliegen der SPD, öffentliche Sicherheit für alle Menschen in Deutschland zu gewährleisten. Das bedeutet nicht, dass wir ständig neue und schärfere Gesetze brauchen. Wir müssen die zahlreichen bestehenden Regelungen konsequent anwenden. Wir sorgen dafür, dass wir mehr Polizistinnen und Polizisten und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden haben. Und wir verbessern auch deren technische Ausstattung. Denn Sicherheit darf keine Frage des Geldbeutels sein: Sicherheit muss für alle da sein.“



Die SPD stehe in der Innenpolitik für ein ausgewogenes Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Die Union habe dagegen jede Gelegenheit genutzt, mit markigen Sprüchen und Gesetzesverschärfungen zu reagieren, ohne die Ursachen zu analysieren und daraus die richtigen Maßnahmen zu treffen. Wo Gesetzesverschärfungen tatsächlich notwendig gewesen sind, hat die SPD dies mit Augenmaß vorgenommen. Ferner habe die SPD eine bessere Ausstattung der Bundespolizei und eine Verbesserung der Prävention durch eine deutliche Erhöhung der niederschweligen Förderungsgelder der KfW für den Einbruchsschutz durchsetzen können. Eva Högl betonte, dass auch die Zusammenarbeit in der Europäischen Union in der Innen- und Sicherheitspolitik im Hinblick auf den Datenaustausch verbessert werden muss. Die erhebliche Zunahme politisch motivierter Gewalt müsse entschieden bekämpft werden. Es sei gut, dass jetzt die Möglichkeit geschaffen worden sei, rechtsextremistische Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung aus Steuermitteln auszuschließen.

In der von Vera Junker, stellvertretende Landesvorsitzende der ASJ Berlin, moderierten Diskussion mit den Gästen wurden verschiedene Themen der Rechts- und Innenpolitik erörtert.

Der ASJ Landesvorsitzende Christian Oestmann dankte für die engagierte Diskussion und zog ein Fazit:

“Die SPD steht für eine sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Der Erfolg unserer Politik zeigt sich auch in der praktischen Umsetzung.



Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, dessen Polizei und Justiz gut aufgestellt und ausgestattet ist, um die Bürger- und Freiheitsrechte zu bewahren und die öffentliche Sicherheit für alle zu gewährleisten.“

Der ASJ Bundesvorsitzende Harald Baumann-Haske erklärte:

“Die Schwerpunkte sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik werden darin liegen, den Menschen in unserem Land durch praktischen Vollzug deutlich zu machen, dass wir einen handlungsfähigen Staat haben. Eine sozialdemokratische geführte Bundesregierung wird tun, was möglich ist, um

Gefahren abzuwenden. Dabei wird sie streng darauf achten, dass Bürgerrechte und Freiheitsrechte gewahrt bleiben. Instrumente haben die Behörden mehr als genug; sie müssen jetzt in die Lage versetzt werden, sie auch anzuwenden.“